

# Verhütungsmittel sollte es bei Beratungsstellen geben

donum vitae fordert Diskussion um Kostenübernahme in Härtefällen

► **NIEDERRHEIN.** Auf der Jahreshauptversammlung von donum vitae, der Organisation, die sich schwerpunktmäßig der Schwangerschaftskonfliktberatung verpflichtet widmet, wurde ein Thema diskutiert, das sich nur gelegentlich in den veröffentlichten Medien wiederfindet.

Es stellt ein großes Problem für Hartz IV (Alg II) Empfängerinnen dar, Verhütungsmittel aus dem finanziellen Regelsatz zu besorgen. Und so kommt es immer wieder zu ungewollten Schwangerschaften. Hier tritt nun eine Situation ein, die aus Sicht von donum vitae unvertretbar ist.

Während die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch staatlicherseits bei dem genannten Personenkreis übernommen werden, weigern sich die meisten Kommunen und staatlichen Stellen, die Kosten für Verhütung als zusätzliche Kosten zum

Regelsatz von Alg II anzuerkennen und entsprechend an Frauen auszu zahlen. Um eventueller missbräuchlicher Verwendung dieser Mittel vorzubeugen, ließen sich über die Beratungsstellen derartige Mittel abrufen. Zumindest müsste darüber einmal ein öffentlicher Diskurs beginnen, welche widersprüchliche Situation inzwischen entstanden ist.

Nach einhelliger Meinung der Mitgliederversammlung sollten Beratungsstellen in die Lage versetzt werden, mit finanziellen Hilfsangeboten ausgestattet zu werden. Nach Rücksprache mit einem Arzt könnten möglicherweise die gewünschten Mittel von einer Beratungsstelle bereit gestellt werden. Nur zaghaft wenden sich die politischen Parteien inzwischen diesem Problem zu. Es wurde beschlossen, über die Landesorganisation von donum vitae und die örtlichen Landtagsabgeordneten, z.B.

Marie Luise Fasse, die Problemlage im Parlament deutlich zu machen.

Neben den üblichen Regularien auf einer Jahreshauptversammlung standen auch Neuwahlen an. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender Heinz Plonka, stellvertretende Vorsitzende Klaudia Kutscher-Remy und Theresia Wagner-Richter, Beisitzer: Annegret Inkmann, Regina Schneider, Anneliese Ullrich und Prof. Dr. Herbert Hinckers.

Bei seinem Rechenschaftsbericht erwähnte Plonka die großzügigen Spenden der Sparkasse am Niederrhein und der Diebels-Bösken Stiftung, die die Möglichkeit geschaffen hatten, in Xanten und Moers an jeweils mehreren Schulen den Mitmach-Parcours der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung durchzuführen. Jeweils rund 300 Schüler wurden hierdurch erreicht.